

P1-242

Projekt

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018
in Hirschaid**

Initiator*innen: LAG Energie (dort beschlossen am: 07.04.2018)

Titel: P1-242: Projekte zu Kapitel 1

Beschreibung

Nach Zeile 242 einfügen:

*Forschungsreaktor München II – Schluss mit dem Atombombenmaterial.
Auch 14 Jahre nach Inbetriebnahme wird der Forschungsreaktor München FRM II immer
noch mit hoch angereichertem, waffenfähigem Uran (HEU) betrieben. Damit stellt der
Garching Reaktor, in einer Zeit zunehmender internationaler Instabilität weiterhin ein
erhebliches Weiterverbreitungs- und Gefahrenrisiko dar. Wir wollen eine rasche
Umrüstung des einzigen deutschen HEU-Reaktors auf niedrig angereichertes Uran.
Selbst die abgebrannten Brennelemente enthalten noch hoch angereichertes Uran und
können so nicht endgelagert werden. Deshalb wollen wir eine schnelle Konditionierung
dieser Brennelemente in Deutschland. Die geplante Lagerung im Zwischenlager in Ahaus
ist unverantwortlich. Es müssen Alternativen geprüft werden, auch am Standort in
Garching*

Begründung

Als weiteres Projekt einfügen. Die Bayerische Staatsregierung hat gegen alle internationalen Abrüstungsbemühungen in den 90er Jahren den Bau und Betrieb des Garchinger Forschungsreaktors mit hoch-angereichertem, waffenfähigem

Material durchgezogen. Die Auflage des Bundesumweltministeriums bis 2010 auf möglichst niedrig angereichertes Uran umzustellen wurde nicht umgesetzt. Eine Fristverlängerung bis 2018 wird wahrscheinlich wieder nicht umgesetzt. Jetzt wollen die Reaktorbetreiber sogar noch bis 2030 mit dem Bombenstoff weiterarbeiten. Das widerspricht allen Bemühungen die Verbreitung von atomwaffenfähigem Material zu unterbinden. Während in 33 Ländern der Erde der Einsatz von hoch angereichertem Uran in Forschungsreaktoren beendet wurde, soll er nach dem Willen der Staatsregierung in Bayern noch mindestens 12 Jahre weiterbetrieben werden. Wegen des Garching Forschungreaktors lagert in Deutschland mehr HEU als beispielsweise in Israel, im Iran, in Nordkorea, in Indien oder in Pakistan. Ebenso kümmert sich die Staatsregierung nicht um eine sichere Entsorgung der abgebrannten Brennelemente. Aktuell sollen die abgebrannten Brennelemente einfach nur in eine nicht geeignete Halle nach Ahaus gebracht werden. Es gibt 14 Jahre nach Inbetriebnahme des Reaktors immer noch keine belastbare Entsorgungsplanung, geschweige denn einen konkreten Bau von Entsorgungseinrichtungen.

Unterstützer*innen

KV München-Land (beschlossen am: 11.04.2018)